

Geschlossen an der Seite Harvards

Die Maßnahmen der Trump-Regierung gegen den Antisemitismus an den amerikanischen Unis sind für Deutschland undenkbar - weil diese Maßnahmen wirksam sind.

Für den in Deutschland betriebenen Scheinkampf gegen den Antisemitismus kommen ausschließlich Maßnahmen in Frage, die entweder von vornherein unwirksam sind, oder auf die Stärkung des deutschen Ersatzjudentums gerichtet sind. Die „Erfolge“ dieser von Steuergeldern finanzierten Maßnahmen liegen jetzt auf der Hand. Der Antisemitismus in Deutschland steigt rasant.

Die volle Verantwortung dafür... tragen diejenigen, die dieses Land bereits seit 80 Jahren regieren und in diesem Land auch weiterhin an der Macht bleiben.

Von Shimon Nebrat

Gegründet mit antisemitischen Einstellungen

Der Antisemitismus in Harvard begann nicht mit den Ereignissen des 7. Oktober 2023, sondern bereits mit der Gründung des Campus. Harvard war seit seiner Gründung im Jahr 1636 in Geist und Struktur weitgehend christlich geprägt. Für Juden war die Universität nicht zugänglich.

Der erste jüdische Student erschien in Harvard erst 204 Jahre nach der Gründung der Universität. Im Jahr 1900 betrug der Anteil jüdischer Studenten in Harvard weniger als 1%.

Doch in den folgenden Jahren begann die Zahl rapide zu steigen, und im Jahr 1920 war etwa jeder fünfte Universitätsstudent (20%) Jude.

Daraufhin führte Harvard als erste US-Universität eine „restriktive Quote“ für Juden ein. Der damalige Präsident der Universität, Lawrence Lowell, erklärte, der Anteil jüdischer Studenten erscheine „empörend unverhältnismäßig“. Bis 1933 wurde der Anteil der Juden an der Universität auf 10% reduziert. Lowell erklärte, dass die eingeführten Einschränkungen darauf abzielten, „die akademische Freiheit sowie soziales Gleichgewicht“ zu wahren und anderen Bevölkerungsgruppen „verfassungsmäßige Rechte“ auf Bildung zu gewähren.

Im selben Jahr 1933, weigerte sich die Harvard-Verwaltung, jüdische Professoren einzustellen, die aus Nazi-Deutschland geflohen waren. Ein Jahr später wurde der traditionelle Umzug der Harvard-Absolventen von Ernst Hanfstaengl angeführt, einem persönlichen Freund Hitlers und Leiter des Pressedienstes der NSDAP (er studierte von 1905 bis 1909 selbst in Harvard).

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts gab es in Harvard Beschränkungen hinsichtlich der Zulassung und Beschäftigung von Juden. Erst 1960 wurden die antisemitischen Quoten abgeschafft. Von den 1960er- bis in die späten 1990er-Jahre wurden jüdische Studenten und Lehrkräfte zu einem integralen Bestandteil der amerikanischen akademischen Elite, darunter auch in Harvard.

Antisemitismus in Harvard wird fortgesetzt

Doch bereits Anfang der 2000er-Jahre war ein deutlicher Anstieg des Antisemitismus zu verzeichnen. Im Jahr 2002 übergaben jüdische Studenten der Universitätsverwaltung eine Petition, in der sie ein Ende der Dämonisierung Israels forderten. Als Antwort wurde ihnen gesagt, dass der erste

Zusatzartikel zur Verfassung Meinungsfreiheit garantiere. Und die Freiheit der Wissenschaft sei in der Verfassung verankert.

Im Jahr 2018 veranstaltete Harvard eine Preisverleihung für Nihad Awad, den Vorsitzenden des Council on American-Islamic Relations (CAIR), der sich offen auf die Seite der Terrorbande Hamas gestellt hat. Anfang 2020 gründete sich in Harvard eine antisemitische Studentengruppe mit dem zynischen Namen „Harvard Jewish Peace Coalition for Peace“. Gleich bei der ersten Veranstaltung brachten die Aktivisten den Studenten bei, wie sie Israelis auf dem Campus erkennen und „bestrafen“ können.

Im Jahr 2022 belegte die Harvard University in allen drei Indikatoren für Antisemitismus an US-amerikanischen Universitäten den ersten Platz. Und während in den 1990er Jahren etwa jeder vierte Harvard-Student (25%) Jude war, so sank ihre Zahl im Jahr 2023 auf 5,3%.

Zerstören mit allen Mitteln

Am 9. Oktober 2023, noch bevor alle Toten in Israel identifiziert waren, veröffentlichten 34 Harvard-Studentenorganisationen eine gemeinsame Erklärung, die mit den Worten begann: „Wir machen Israel voll verantwortlich für die sich entfaltende Gewalt...“ Und dann: „Israel muss mit allen erforderlichen Mitteln zerstört werden.“

Die Harvard-Verwaltung lehnte es ab, auf den Brief zu antworten. Einen weiteren Tag später kam es zu einer Protestaktion, bei der jüdische Studenten geschlagen wurden. Am 28. November 2023 leitete das US-Bildungsministerium eine Untersuchung zum Antisemitismus an der Harvard Universität, der Columbia Universität und der University of Tampa ein. Es wurden keine Konsequenzen gezogen.

Am 5. Dezember 2023 veranstaltete der ständige Vertreter Israels bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, an der Harvard University eine Filmvorführung über die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober. „Nach dem Massaker der Hamas blieb die Führung Harvards still“, sagte er vor der Vorführung. „Schweigen nach dem Massaker, Schweigen angesichts der Demonstrationen zur Unterstützung der Terroristen auf dem Campus, Schweigen über den Angriff auf jüdische Studenten. Harvard ist zu einem gefährlichen Ort für Juden geworden.“ Harvard-Präsidentin Claudine Gay lehnte es ab, der Filmvorführung beizuwohnen.

Gleichzeitig tauchten immer mehr Spenden aus Katar an die Universität auf. Das Institut für Antisemitismusforschung erklärte, es habe einen direkten Zusammenhang zwischen der Geldsumme und pro-palästinensischen Gruppen auf dem Campus festgestellt. Der Erhalt von Spenden beeinflusste die Zusammenstellung der Fakultät und die Ausrichtung der Lehrveranstaltungen. Heute ist Harvard das Flaggschiff des Antisemitismus unter den US-Universitäten.

Die US-Regierung forderte von Harvard, eine von der Regierung anerkannte externe Stelle zu beauftragen, die die Meinungsvielfalt der Studierenden und Lehrkräfte prüft. Anstatt dem Antisemitismus den Kampf anzusagen, trat die Harvard-Administration entschieden in einen Kampf mit dem US-Präsidenten ein und lehnte die Forderungen ab und verabschiedete Solidaritätsbekundungen mit Gaza. Daraufhin drohte Trump, Harvard die Geldmittel zu streichen und die Steuerbefreiung zu entziehen. Laut Trump ist Antisemitismus in den Solidaritätsbekundungen mit Gaza nicht das einzige Problem.

Der Kampf des US-Präsidenten gegen den Antisemitismus an den Universitäten wird in Deutschland hart kritisiert. Denn die Maßnahmen der Trump-Regierung sind für keine deutsche Regierung denkbar, weil diese Maßnahmen wirksam sind.

Eine ähnliche Entwicklung wie in Harvard

Die regierenden politischen Parteien in Deutschland - die CDU/CSU und die SPD -, unterstützt von unterschiedlichen politischen Mitläufern, haben hinsichtlich der Juden und des jüdischen Staates Israel offensichtlich ganz andere Pläne, als der Präsident Trump. Sie betreiben in Deutschland einen Scheinkampf gegen den Antisemitismus und schaden dem jüdischen Staat Israel international wesentlich.

In dem deutschen Scheinkampf gegen den Antisemitismus werden ausschließlich Fördermaßnahmen erfunden, gefördert und durchgeführt, die von vornherein nicht erfolversprechend sind und die auf die Stärkung des deutschen Ersatzjudentums gerichtet sind. Die „Erfolge“ dieser von Steuergeldern finanzierten Maßnahmen gegen den Antisemitismus liegen jetzt auf der Hand. Der Antisemitismus in Deutschland steigt rasant.

Die volle Verantwortung dafür, dass Juden in Deutschland ihre Zugehörigkeit zum jüdischen Volk verstecken müssen, begründete Angst haben, ihre Kinder in deutsche Schulen und Universitäten zu schicken, alltäglichen körperlichen und verbalen Angriffen, Diskriminierung und Ausgrenzung auf allen gesellschaftlichen Ebenen ausgesetzt sind und aus diesen Gründen gezwungen sind, dieses Land zu verlassen, tragen diejenigen, die dieses Land bereits seit 80 Jahren regieren und in diesem Land auch weiterhin an der Macht bleiben.